

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	17
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	191/2022
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	29.04.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	"Online-Umfrage zur betrieblichen Mobilität" im Rahmen der Dachmarke "Stuttgart-steigt-um"		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 07.04.2022, GRDRs 191/2022 Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StR Winter (90/GRÜNE) betont, insbesondere im Mobilitätsbereich bestehe ein hoher Bedarf bei größeren Firmen. Das Thema sei bereits in Sitzungen des Oberbürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden sowie Vertretern der in Stuttgart ansässigen Wirtschafts- und Industriefirmen behandelt worden. Er schlägt bei dieser Gelegenheit vor, diesen Gesprächsrahmen wiederaufleben zu lassen. Es sei sinnvoll, über diese Themen gerade mit den großen Unternehmen direkt zu kommunizieren. So habe der ehemalige Oberbürgermeister Kuhn vor einigen Jahren direkt mit dem Unternehmen Porsche über die Einführung des Jobtickets verhandelt.

Die großen Betriebe seien im Bereich der Mobilität bereits sehr gut aufgestellt, betont Frau Kübler (AfU). Im Rahmen des Gebietsmanagements seien bereits Runde Tische mit Unternehmen wie Bosch und Daimler u. a. durchgeführt worden. Nach wie vor befinde sich die Verwaltung im Kontakt mit zahlreichen Firmen. Aktuell liege der Fokus darin, die mittelständischen und kleineren Betriebe zu erreichen, was in der Vergangenheit schwierig gewesen sei. Aufgrund der Online-Umfrage habe sich ein sehr guter Rücklauf ergeben, und die Verwaltung werde auf Grundlage der einzelnen Angaben aktiv auf die Firmen zugehen. Eine Mitarbeiterin sei ausschließlich für die Mobilitätsberatung der Betriebe eingestellt worden. Diese habe die Online-Umfrage gestartet und ausgewertet.

StR Ozasek (PULS) betont, es sei ein positives Zeichen, dass das Firmen- bzw. Jobticket derart gut funktioniere. Hierüber sei lange mit dem Geschäftsführer des VVS, Herrn Stammler, gerungen worden. Das Jobticket sei ein Erfolgsmodell und habe sich mittlerweile zum Exportschlager entwickelt. Ihn bedrücke jedoch, dass von 129 Betrieben lediglich 25 Betriebe ein betriebliches Mobilitätsmanagement vorweisen können. Auf diesem Stand dürfe es nicht bleiben, und es sei unakzeptabel, wie viele Firmen sich der Verantwortung entzögen. Es stelle sich die Frage, welche Hebel bei diesem Thema angesetzt werden könnten, um den Druck auf die Unternehmen zu erhöhen, ein betriebliches Mobilitätsmanagement einzuführen. Die Verwaltung unterbreite den Firmen derzeit lediglich ein freiwilliges Angebot. Der Stadtrat bezweifelt, ob man es damit bewenden lassen könne. Beispielsweise könne in dem Fall eines Anliegens einer Firma an die Stadt (z. B. der Wunsch nach der Bereitstellung von Parkplatzflächen) darauf hingewiesen werden, dass die Gesprächsbasis eine eigenverantwortliche Entwicklung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements als Grundlage sei. Die GRDs 191/2022 gehe ihm bezüglich der Empfehlungen für das weitere Vorgehen nicht weit genug, so StR Ozasek.

Hinsichtlich der 129 an der Online-Umfrage teilgenommenen Betriebe erkundigt sich StR Dr. Jantzer (SPD), ob die Verwaltung die Umfrage ausweiten wolle. Es müsse sich mit der Fragestellung im Verkehrsbereich massiv beschäftigt werden, wie sich im Rahmen der Coronasituation die Heimarbeit und die Flexibilität auf die Bedarfe auswirkten. Dies könne im Moment noch nicht abgeschätzt werden. Da nun ein Zugang zu den Unternehmen bestehe, könnten entsprechende Informationen zu diesem Aspekt erhoben werden. Er habe kürzlich in der Industriestraße ein Parkhaus passiert, welches vor der Coronapandemie stets vollbesetzt gewesen und nun lediglich zu rund 20 Prozent ausgelastet sei. Es stelle sich die Frage, ob diese Situation sich auch zukünftig so darstelle. Die in der Vergangenheit aufgestellten Prognosen seien nicht in die Zukunft übertragbar.

BM Pätzold betont, diese Themen würden mit jeder Firma diskutiert, u. a., wenn große Bauvorhaben anstünden. Grundsätzlich mache das Thema Homeoffice lediglich für Büroarbeitsplätze Sinn. So werde beispielsweise ein Handwerker niemals im Homeoffice arbeiten können. Die Weiterentwicklung der Arbeitswelt werde in den nächsten zwei Jahren sehr interessant und möglicherweise zu einem Tätigkeitsgebiet für die städtische Wirtschaftsförderung. Für die Stadtplanung sei mit Spannung verbunden, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Arbeits- und Büroflächen mit sich bringe. Über diesen Aspekt seien derzeit keine belastbaren Werte zu erhalten, so der Vorsitzende.

Es wäre interessant, so StR Kotz (CDU), die Unternehmen mit unter 100 Mitarbeitern weiter zu differenzieren, da hier die Spanne sehr groß sei. Auf die kritischen Aussagen von StR Ozasek hinsichtlich der Unternehmen eingehend, betont der Stadtrat, falls er die Umfrage erhalten hätte, hätte er angegeben, über kein betriebliches Mobilitätsmanagement zu verfügen. Allerdings würden in seiner Firma Fahrräder für die Mitarbeiter-schaft finanziert und Fahrgemeinschaften organisiert. Dies laufe jedoch nicht unter dem Begriff "Betriebliches Mobilitätsmanagement", sondern habe sich über eine gewisse Zeitdauer in dieser Form in der Praxis entwickelt. Daher wäre es verfehlt, aus den vorliegenden Umfragewerten eine Untätigkeit der Kleinbetriebe abzuleiten.

BM Pätzold betont, dieser Aspekt sei wichtig und es müsse abgewogen werden, ob der Begriff des betrieblichen Mobilitätsmanagements auf andere Art und Weise abgefragt werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von der GRDrs 191/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister
2. OB/82
3. S/OB
S/OB-Mobil
4. Stadtkämmerei (2)
5. Amt für Revision
6. L/OB-K
7. Hauptaktei

- III.
1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion

kursiv = kein Papierversand